

Keine Lust auf Sandkastenspiele

Befürworter der Simulation der Kantonsfusion vermuten eine Verzögerungstaktik



Umstritten. Die einen belächeln eine Simulation als Sandkastenspiel, die anderen hoffen, Synergiepotenzial zwischen den beiden Basel zu entdecken. Foto Keystone

Von Daniel Ballmer

Liestal/Basel. Elisabeth Schneider ist unzufrieden: «Die Abwehrhaltung der Baslerbieter Regierung gegenüber einer Wiedervereinigung ist deutlich zu spüren», sagt die CVP-Nationalrätin. «Man will die Simulation offensichtlich verhindern; man scheint zu befürchten, dass sie für eine Kantonsfusion sprechen könnte.» Sowohl im Baslerbieter Landrat als auch im Basler Grossen Rat hatte die CVP einen Vorstoss zur Simulation einer Fusion eingereicht. Während er in Basel-Stadt bereits im März 2010 deutlich angenommen wurde, kam sein Pendant im Landrat im Januar 2011 nur knapp durch. «Eigentlich ist ein Anzug innert zweier Jahre zu beantworten», betont CVP-Grossrat Lukas Engelberger. «Allmählich dürfte man etwas davon hören.»

Ziel der Vorstösse: auf sachlicher Basis die Möglichkeit eines wiedervereinigten Kantons in der Theorie durchdenken. Die Simulation soll zeigen, welche langfristigen Vor- und Nachteile ein Kanton Basel hätte und so Fakten für eine Fusionsdiskussion schaffen. «Zwar wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe eingesetzt. Seither scheint aber nicht mehr viel zu laufen», kritisiert auch Hans Rudolf Bachmann, Geschäftsführer des Vereins Starke Region, der für die Simulation auch schon zur Beratung beigezogen wurde – bisher ohne Resultat. «Dabei drängt die Zeit wegen der Fusionsinitiative», findet Elisabeth Schneider. «Es wäre wichtig, wenn die Fakten vor einer Abstimmungsdebatte vorliegen würden.»

Und tatsächlich soll es nun vorwärts gehen. Voraussichtlich heute Dienstag wird die Basler Regierung die Vorlage be-

handeln, heisst es aus dem Präsidentsdepartement. Das Ganze habe etwas länger gedauert, handle es sich doch um ein «heisses Eisen». Gemeinsam mit der Baslerbieter Regierung seien Machbarkeit und Kosten einer Simulation abgeklärt worden. Diese dürften sich auf rund 500 000 Franken belaufen, weshalb dem Grossen Rat auch erst mal eine Kreditvorlage unterbreitet werden soll. Die CVP hatte sich das anders vorgestellt. Engelberger: «Ich würde bereits die Simulation erwarten oder doch zumindest ein detailliertes Konzept.»

Vor Debatte über die Initiative

Das wird kaum der Fall sein. Auch wenn im Präsidentsdepartement gehofft wird, dass das Geschäft dem Grossen Rat noch vor den Sommerferien vorgelegt werden kann. Das hofft auch die Basler CVP, sie will sonst nochmals nachfassen. Absehbar aber bleibt, dass die Fakten aus der Simulation kaum vorliegen werden, wenn die Wiedervereinigungsdebatte in den beiden Basel neu entflammt. Schliesslich ist die Lancierung der Fusionsinitiative bereits für die nächsten Wochen und Monate vorgesehen. Dass diese Ausgangslage nicht ideal ist, weiss auch Basels Projektverantwortlicher Peter Gautschi: «Es wäre wünschenswert, wenn die Fakten schon vor einer neuen Debatte vorliegen», hatte er schon vor Monaten erklärt.

Ungeduld macht sich auch im Baslerbiet breit. «Bis jetzt hört man immer nur Gerüchte. Offiziell haben wir Initianten leider nie etwas gehört», klagt Schneider. Am Donnerstag wolle sich die CVP daher über eine Anfrage nach dem Stand der Arbeiten erkundigen. Es gehe

schliesslich schon sehr lange. «Es kommt das Gefühl auf, dass die Regierung das Thema verschleppt, weil man keine Fusion will», kommentiert Schneider weiter. Tatsächlich hatte sich die Baslerbieter Regierung von Beginn an sehr kritisch gezeigt und den Nutzen einer Simulation angezweifelt. Das weckt das Misstrauen der Fusionsbefürworter: So wollen verschiedene Quellen gehört haben, dass die Baslerbieter Regierung anders als ihre Basler Kollegen dem Parlament beantragen wolle, die konkrete Erarbeitung der Simulation abzulehnen. Argumentiert werden solle mit hohen Kosten, glaubt Schneider zu wissen. «Das ist natürlich ein Mittel, um eine Fusion möglichst im Keim zu ersticken», urteilt Bachmann.

«Hohe Kosten sind zu beachten»

Die Baslerbieter Regierung habe noch keinen Beschluss gefasst, versichert dagegen Roger Wenk von der Baslerbieter Finanzdirektion. Zwar habe die gemeinsam eingesetzte Arbeitsgruppe den technischen Bericht, wie eine Simulation erarbeitet werden könnte, schon vor geraumer Zeit abgeliefert, erzählt der auf Baslerbieter Seite federführende Leiter Abteilung Finanz- und Volkswirtschaft. Die Regierung überlege sich aber noch, wie sie dem Parlament die Vorlage unterbreiten will. «Wir warten nun die Antwort aus Basel-Stadt ab», sagt Wenk. Dann würden die beiden Regierungen das Geschäft während Partnerschaftsverhandlungen am 19. Juni nochmals gemeinsam anschauen.

Ohne der Regierung vorgreifen zu wollen zeigt sich Wenk aber schon jetzt eher zurückhaltend: «Eine solche Simu-

lation würde relativ teuer. Das ist natürlich auch zu beachten in der finanziellen Situation, in der sich der Kanton Basel-Stadt derzeit befindet», sagt er. «Und dann kann man auch den Nutzen verschieden beurteilen.» Sollten die beiden Regierungen einen Konsens finden, dann könne es schnell gehen. Andernfalls könne die Landratsvorlage aber auch erst nach den Sommerferien folgen. «Sollte kein Konsens zwischen den beiden Regierungen bestehen, könnte natürlich auch einer der beiden Kantone die Simulation alleine durchführen», ergänzt Wenk. «Das dürfte aber eher unwahrscheinlich sein.»

Millionen für Berater

So aber wollen sich die Fusionsbefürworter nicht abspesen lassen. Sollte eine der beiden Regierungen eine Ablehnung beantragen, dann würden die Parlamentare wohl nochmals aktiv, sagt Grossrat Engelberger. Kosten von 500 000 Franken auf beide Kantone aufgeteilt sollten verkräftbar sein, findet auch Hans Rudolf Bachmann von der Vereinigung Starke Region. Komme hinzu, dass verwaltungsinterne Arbeiten die Staatskassen gar nicht erst belasten würden.

In dieselbe Kerbe haut Nationalrätin Schneider. «Für Berater kann Baselland auch Millionen ausgeben. Wenn man will, findet man offensichtlich immer noch irgendwo Geld», meint sie verärgert. Zudem bestehe mit den beiden überwiesenen Postulaten eigentlich bereits der Auftrag zur Erarbeitung einer Simulation. «Den Umweg über eine Kreditvorlage braucht es gar nicht», betont Schneider. Dieser diene wohl nur als Verzögerungstaktik, ist sie überzeugt.

Gewerbe gegen neues Gesetz

Nutzung des öffentlichen Raums soll präziser geregelt werden

Von Urs Rist

Basel. «Zu vage formuliert, zu viele Kann-Formulierungen, zu viel Kompetenz wird an eine noch nicht existierende Verordnung delegiert.» Das werfen der Gewerbeverband Basel-Stadt, der Wirtverband Basel-Stadt und Pro Innerstadt in einer Medienmitteilung dem Entwurf für ein Gesetz über die Nutzung des öffentlichen Raums vor. Diesen hat der Regierungsrat vor zwei Monaten in die Vernehmlassung gegeben, die noch bis zum 15. Juni dauert.

Die beiden Verbände und der Verein Pro Innerstadt begrüssen zwar durchaus, dass das Allmendgesetz von 1927 ersetzt wird, sie weisen aber den Gesetzentwurf zurück und fordern, diesen in überarbeiteter Form gemeinsam mit der Verordnung vorzulegen. Nur so könne für das Gewerbe «sichergestellt werden, dass nach der Gutheissung des Gesetzes keine Überraschungen erwartet werden müssen oder das heutige Bewilligungsverfahren sogar verschlimmbessert wird», steht in der Mitteilung. «Wir wollen keine Katze im Sack kaufen», sagt Dominik Banny, Leiter Politik beim Gewerbeverband. Maurus Ebnetter vom Wirtverband spricht eher von «Bedenken als von einem kategorischen Nein».

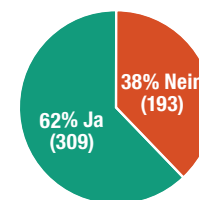
Gebühren nicht erhöhen

Der Gewerbeverband fordert in seiner Antwort vom Kanton «eine offene und liberale Haltung im Bewilligungswesen». Dieses soll sich auf das «Konzept eines One-Stop-Shops abstützen», um die administrativen Abläufe zu vereinfachen. Bisher sei das Gewerbe mit vielen verschiedenen Kontaktstellen innerhalb der Verwaltung konfrontiert. Weiter fordert das Gewerbe eine Zusicherung, dass das neue Gesetz «nicht zu höheren Gebühren führt». Im Einzelfall und in der Summe sollten die Gebühren höchstens gleich hoch sein wie bisher. Insgesamt sollte der Gesetzentwurf «unbedingt präzisiert werden».

Das neue Gesetz sieht nicht nur eine einheitliche Bewilligung «für die Nutzung des öffentlichen Raums zu Sonderzwecken» vor, sondern auch, dass private Grundstücke dem Gesetz unterstellt werden können, wobei das Kasernenareal als Beispiel genannt wurde. Für diesen Fall fordert der Gewerbeverband, dass die Modalitäten und die Basis von finanziellen Folgen auf Gesetzesstufe geregelt sein müssten.

Frage des Tages

Das Ergebnis der Frage von gestern: Gefällt Ihnen das Strickgraffito?



Fusions-Simulation mit Absicht verschleppt?

Die Baslerbieter Regierung verschleppt die Simulation einer Kantonsfusion, weil sie keine Fusion will, sagen Befürworter der Wiedervereinigung. Sind Sie auch dieser Meinung? www.baz.ch

ANZEIGE

UBS freut sich, Hauptsponsor der Art Basel zu sein.

Wir werden nicht ruhen



www.ubs.com/sponsoring